

# Palästina Israel Zeitung

für Völkerrecht und Menschenrechte

Nr. 5 • Juni 2014

herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel e. V.

www.palaestina-israel-zeitung.de

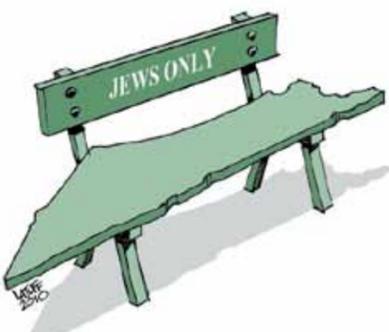
## Was ist „jüdisch“ in Israel?

Liebe Leserin, lieber Leser,

es erscheint als unerhört: Abbas, der führende palästinensische Politiker, will Israel nicht als jüdischen Staat anerkennen. Dabei liegt der Ton auf „jüdisch“. Das aber hört der Europäer nicht heraus.

Zum Verständnis muss man die feinen Unterschiede kennen. Man muss wissen, was in Israel „jüdisch“ ist. „Jüdisch“ ist dort ein Doppeltes, einerseits jüdisch-religiös, andererseits jüdisch-national beziehungsweise nationalistisch, oft beides zugleich. Zwanzig Prozent der israelischen Staatsbürger sind aber Palästinenser: Muslime und Christen. Sollen sie wirklich anerkennen, dass der Staat, zu dem sie gehören, ein rein jüdischer Staat ist und sie somit selbst keine vollwertigen Staatsbürger sind?

In Deutschland gibt es die deutsche Staatsbürgerschaft, in Frankreich die französische usw. Aber im Staat Israel gibt es nicht die israelische Staatsbürgerschaft. Dann wären ja alle Einwohner gleich, Gott behüte! Vielmehr darf in israelischen Pässen nur stehen „jüdisch“ oder „arabisch“ oder „drusisch“. Das heißt: Dieser Staat, der immer intensiver national-jüdisch und religiös-jüdisch sein will und der immer mehr zum Rechtsextremismus neigt, bekämpft von vorneherein die Gleichheit und Gleichwertigkeit seiner Bürger. Daraus fließt die Diskriminierung alles und aller Nicht-Jüdischen, wie es in vielen Gesetzen der Knesset zum Ausdruck kommt. Und das soll anerkannt werden durch die Palästinenser? Könnte man beispielsweise von deutschen Staatsangehörigen türkischer Herkunft erwarten, dass sie Deutschland als christlichen und völkisch-deutschen Staat anerkennen?



„Nur für Juden“. Karikatur von Carlos Latuff mit dem Titel APARTHEID

Zudem steht „jüdisch“ im israelischen Sinn im Gegensatz zu demokratisch. Ein paar äußere Formen reichen nicht für echte Demokratie. Vor allem gehört Rechtsstaatlichkeit dazu. Je jüdischer dieser Staat sein will im ideologischen Sinne, desto undemokratischer wird er. Es ist kein Zufall, dass es in diesem Staat Israel und um ihn herum so viele hoch engagierte Menschenrechtsgruppen gibt. Wir berichten Ihnen in dieser Ausgabe von Menschen in Israel, Palästina, Deutschland, Österreich und der Schweiz, die im Kontakt miteinander darüber aufklären, wie das zionistische und national-religiöse Israel in den besetzten Gebieten alle ethischen Standards von Recht und Menschenwürde missachtet, wie sie seitens der UNO und seitens der christlichen Kirchen vertreten werden. *Ihr Peter Bingel*



Wer jagt wen zwischen Mittelmeer und Jordan?  
Mosaik aus Lod, Ort des heutigen Ben Gurion-Flughafens, Detail: Löwin jagt Säbelantilope. 3.-4. Jh.  
Altes Museum Berlin: Jäger und Gejagte. Ausstellung 18.10.2013 – 11.5.2014

## Nicht in unserem Namen!

Zur Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.

von Ruth Fruchtmann

Das gewählte Datum war nicht zufällig, sogar ein wenig boshaft: Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost wurde am 9. November 2003 in Berlin ins Leben gerufen. Vorangegangen waren viele Auseinandersetzungen, ob eine neue jüdische Gruppe in Berlin überhaupt nötig sei. Die frühere Jüdische Gruppe, von der Menschenrechtlerin Alisa Fuß nach dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon 1982 gegründet, gab nach deren Tod fünfzehn Jahre später den geschwächten Geist endgültig auf. Der Schwerpunkt der Gruppe verlagerte sich immer mehr auf jüdisches Leben in Deutschland und obwohl Alisa eine Nahostgruppe gegründet

hatte – jetzt der Arbeitskreis Nahost Berlin – zog diese nur wenige Mitglieder aus der damaligen Jüdischen Gruppe an. Doch 2002 in Amsterdam wurde European Jews for a Just Peace (EJJP) gegründet, mit der Aufforderung: „Nicht in unserem Namen!“ und „Sagt nicht, ihr habt nichts gewußt!“. Dank den Bemühungen von Fanny-Michaela Reisin kam die deutsche Sektion der EJJP zustande. Diese internationale Ebene, also die formelle Zugehörigkeit zur ersten Föderation von jüdischen Organisationen aus zehn europäischen Ländern, verleiht der ganzen Initiative Stärke und Dynamik.

Nicht zu verwechseln mit diversen anderen jüdischen Organisationen

mit ähnlichen Namen: *Jewish Voice*, *Jewish Street*, *Jewish Call* – nein, die Jüdische Stimme ist eine Stimme in Deutschland, und schon das ist ein wichtiger Aspekt der Identität. Die Gründung ist für viele wichtig, ob jüdische oder nicht-jüdische Deutsche, die wegen der Vergangenheit sich nicht trauen, die israelische Politik zu kritisieren, aus Furcht, als „Antisemiten“ abgekanzelt zu werden. Sie ist der Beweis dafür, dass selbst in Deutschland Juden sich trauen, ihre Stimme gegen die Stimmen des jüdischen Establishments öffentlich zu

**„Selbst ein Ruf in der Wüste ist besser als feiges Schweigen.“**



„Palästina hat es nie gegeben! (und wird es nie geben)“ Verbaler Angriff jüdischer Siedler in Hebron auf die palästinensischen Einwohner.

erheben – gegen die der Gemeinden und des Zentralrats der Juden, die, egal wie verfahren, die Politik des Staates Israel kritiklos unterstützen.

Die letzten zehn Jahre seit der Gründung waren bewegt: Anfangs war es noch die zweite Intifada. Gegen die Selbstmordattentate bezog auch die Jüdische Stimme Stellung. Wir organisierten Proteste gegen den zweiten Einmarsch in den Libanon 2006 sowie gegen die Bombardierung des Gazastreifens „Gegossenes Blei“ (2008-2009) und den zweiten Angriff 2012. Wir unterstützten das Jüdische Schiff „Irene“, das 2010 versuchte nach Gaza durchzudringen. Zusammen mit dem Arbeitskreis Nahost gibt es durchgehend

Fortsetzung Seite 2

## In dieser Ausgabe

Protest auf deutsch	Seite 2
Protest auf arabisch	Seite 3
Protest auf hebräisch	Seite 4
Impressum	Seite 6
Moshe Zuckermann zum Koalitionsvertrag	Seite 5
Rupert Neudecks Empfehlung	Seite 6
Reuven Moskovitz im Porträt	Seite 7
Arab Idol - Gewinner	Seite 8

## Meldungen

### Appell an Bundesregierung

Die Mitglieder der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost appellierten Anfang Mai an die deutsche Regierung, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen. Sie distanzieren sich vom Vergleich der Hamas-Partei mit Nazideutschland aus dem Munde des israelischen Premiers Benjamin Netanyahu. Als Juden wollen sie nicht zulassen, dass ihre Geschichte zur Legitimierung einer widerrechtlichen Besetzung instrumentalisiert werde. Als Deutsche meinen sie, dass die Bundesregierung die Politik Israels über Jahrzehnte blind unterstützt habe, aber jetzt in der Verantwortung sei, einen Beitrag zu einem gerechten Frieden zu leisten und deshalb die Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas begrüßen sollte.

*Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.*

### Israelkritik ungleich Antisemitismus

Das dreijährige Forschungsprojekt des Konstanzer Professors Wilhelm Kempf zum Thema „Einstellungen zu Juden und Israel in der deutschen Bevölkerung“ erforschte das Verhältnis zwischen kritischer Einstellung zu Israels Politik und Abneigung gegen Juden. Der als Berater beteiligte Professor Rolf Verleger faßt die empirischen Ergebnisse in seinem Bericht über die Studie so zusammen: „Etwa ein Viertel der Deutschen ist für „rechte“ Stimmungen gegen Moslems und Juden anfällig. Drei Viertel der Deutschen hegen solche Vorbehalte nicht. Diese drei Viertel teilen sich bezüglich des Nahostkonflikts ein in ein rundes Viertel der Deutschen, die relativ wenig Kenntnis des Konflikts haben und daher aus allerlei Motiven Israel zu unterstützen scheinen und der knappen Hälfte der Deutschen, die mehr über diesen Konflikt wissen, sich aktiv informieren, für die Gerechtigkeit und daher für die Palästinenser Partei ergreifen.“

*Rolf Verleger*

### Die Palästina-Israel-Zeitung

wird ermöglicht durch Spender und Vereinsmitglieder.

**Bestellung:**  
kontakt@palaestina-israel-zeitung.de

**Leserbriefe:**  
redaktion@palaestina-israel-zeitung.de

**Telefon:** 030-364 662 69

# Informiertsein ist entscheidend

**Neue Studie belegt den Erfolg der Aufklärungsarbeit: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist für Gerechtigkeit in Nahost**

von Christian Kercher

Fast die Hälfte der Deutschen hat viel Interesse an Nahost, informiert sich aktiv und ergreift aufgrund dieser Kenntnis für die Gerechtigkeit und daher für die Palästinenser Partei, wobei sie größtenteils friedliche Mittel bei der Konfliktlösung befürworten. Das ist das Ergebnis der kürzlich veröffentlichten Studie zu Einstellungen im Nahostkonflikt in Deutschland, geleitet von Wilhelm Kempf, emeritierter Psychologieprofessor der Universität Konstanz. Ansonsten, so Rolf Verleger in seiner Zusammenfassung, haben die Erstgenannten wenig Vorurteile gegen Andere, was gegen die Gleichsetzung von Kritik an Israel

mit Antisemitismus spricht. Rund ein Viertel der Deutschen, die relativ wenig Kenntnis des Konflikts haben, unterstützen Israel und befürworten überwiegend gewaltsame Mittel der Konfliktbewältigung, so das Ergebnis der dreijährigen Forschungsarbeit.

## Deutsche Regierung baut Luftschloss

Dagegen ist die Position der deutschen Politik – israelfreundlich und friedensorientiert – in der realen Meinungswelt der Bevölkerung gar nicht vorhanden. Vielmehr erwartet ein Großteil, dass die Regierung Druck auf Israel ausübt, damit es seine Politik gegenüber den Palästinensern ändert.

Zu diesem öffentlichen Meinungsbild hat die Aufklärungsarbeit der Nahost-Gruppen sicherlich beigetragen. Bei der Recherche zu möglichen Kooperationspartnern für diese Zeitung stießen wir auf mehr als siebzehn Vereine und Initiativen und Dutzende von sehr engagierten Einzelnen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Viele fördern neben konkreten Hilfsprojekten und Partnerschaften den Austausch zwischen den Fronten. Aber gemeinsam ist ihnen das Anliegen, über Israels Irrweg der Unterdrückung ihrer palästinensischen Nachbarn aufzuklären. Denn sie wissen, dass die tapfere, aber kleine israelische Friedensbewegung ohne Druck von außen auf

ihre Regierung nicht weiter kommt. Und dass diese wiederum alles tut, um von ihrer Verantwortung für das Unrecht abzulenken, oft im Bunde mit dem hiesigen politischen Establishment.

## Vernetzung

Überregionale Zusammenschlüsse sind zwar noch relativ lose, aber das Netz wird enger geknüpft. Der Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI) tut es in Deutschland. In Zürich hat die Aktion Palästina-Solidarität-Schweiz gerade große Plakatflächen auf allen Gleiszugängen des Kopfbahnhofs gemietet. Die

**„Israel ist unnachgiebig und versucht, die bestehenden Verhältnisse mit Gewalt aufrecht zu erhalten“ - Zustimmung: 53 Prozent**

Unterschriftensammlung zur Kennzeichnung von israelischen Siedlerprodukten aus den besetzten Gebieten geht gut voran ([www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de)). Das Netzwerk Kairos Palästina plant parallele Veranstaltungen zum evangelischen Kirchentag in Stuttgart 2015, wenn die Kirchentagsleitung sich wieder nicht zur prominenten Behandlung des Themas durchringt. Die von Ingrid Rumpf konzipierte Nakba-Ausstellung findet trotz aller Widerstände immer neue Räume in einer weiteren Stadt.

Prominente Fürsprecher Palästinas wie den Dirigenten Daniel Barenboim gibt es noch zu wenig, aber sie werden gehört. Worauf es jetzt ankommt, ist, dass die weltweite Bewegung für einen gerechten Frieden weiter wächst, die die Regierenden nicht länger ignorieren können.

Bericht über die Studie zu Einstellungen im Nahostkonflikt:

[www.othersite.org](http://www.othersite.org)



## Women in Black – Frauen in Schwarz

Einen Monat nach Ausbruch der ersten Intifada im Dezember 1987 versammelten sich israelische und palästinensische Frauen an öffentlichen Plätzen in Jerusalem und anderen Städten, schwarz gekleidet, mit Schildern in Form schwarzer Hände mit weißer Aufschrift: „Schluss mit der Besatzung!“ war darauf zu lesen – in hebräischer, arabischer oder englischer Sprache. Bis heute kommen die Women in Black jede Woche um 13 bis 14 Uhr am Paris Platz in Westjerusalem zusammen und protestieren schweigend gegen die Gewalt und das Unrecht, das den PalästinenserInnen angetan wird. Inzwischen gibt es die Mahnwachen in 30 Ländern. In Deutschland sind die Frauen in

Schwarz in rund zehn Städten vertreten. Die thematischen Schwerpunkte sind unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen die besondere Form der Mahnwache – wie sie die Frauen in Jerusalem entworfen haben.

### Stimmen der „Frauen in Schwarz“ aus dem deutschsprachigen Raum:

#### München

Seit 2009 halten wir jeden zweiten und vierten Freitag des Monats um 13 bis 14 Uhr eine Mahnwache in der Münchner Fußgängerzone ab. Als Graswurzelbewegung sind wir überzeugt, dass die Zivilgesellschaft aktiv werden muss, wenn die Politik unter Missachtung ihrer eigenen

Gesetze und Resolutionen, die seit Jahrzehnten andauernden Rechtsverstöße Israels toleriert. Unsere Vision: Ein Land, in dem alle Menschen selbstbestimmt und mit gleichen Rechten ausgestattet zusammenleben, wie immer sie sich staatlich organisieren werden.

An unseren Mahnwachen beteiligen sich Frauen und Männer.

Yvonne Baur-Saleh

[fraueninschwarzmunchen@googlemail.com](mailto:fraueninschwarzmunchen@googlemail.com)

#### Wien

„Wir protestieren mit den palästinensischen Gefangenen in israelischer Haft gegen deren inhumane Behandlung und gegen das Schweigen

der europäischen Medien und Regierungen. Laut Angaben der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Addameer (März 2014) sind 5.224 Palästinenser in israelischen Haftanstalten, darunter 210 Jugendliche und 21 Frauen. Wir protestieren gegen Misshandlungen, nächtliche Durchsuchungen der Zellen, und gegen die Verweigerung von Familienbesuchen und ärztlicher Behandlung.“ Das war der Aufruf für unsere Mahnwache. Seit Juni 2001 stehen wir mindestens einmal im Monat am Brunnen am Grabe. Wir haben Petitionen an das Außenministerium gegen die Abrisung von Gaza und gegen den Bau der Apartheidmauer geschickt. Wir zeigen Filme und laden Gäste für Vorträge ein.

Paula Abrams-Hourani

[www.fraueninschwarz.at](http://www.fraueninschwarz.at)

Mahnwache der Frauen in Schwarz, in München.

#### Holzkirchen

Am 29. März 2003, wenige Tage nach dem Ausbruch des Irakkriegs, standen die Frauen in Schwarz zum ersten Mal vor dem Alten Rathaus in Holzkirchen, um ihrem Protest gegen den Krieg und gegen jede Art von Gewalt Ausdruck zu verleihen. Der Irakkrieg war weniger der Grund als der wichtige Anlass der Aktion. Denn Gewalt ist allgegenwärtig und hat viele Gesichter. Die Frauen in Schwarz Holzkirchen organisieren jeden dritten Sonntag im Monat eine politische Matinee im Kulturhaus zu unterschiedlichen Themen. Schwerpunkt ist Palästina/Israel.

Christa Ortman

[www.womeninblack.org/en/holzkirchen](http://www.womeninblack.org/en/holzkirchen)

Fortsetzung von Seite 1

## Nicht in unserem Namen!

Proteste gegen den Bau der Trennungsmauer in der Westbank sowie Unterstützung für die Einwohner von Bil'in, die gegen die Landnahme ihres Grund und Bodens friedlich protestieren. Wir fördern das Freedom-Theatre in Jenin, von Juliano Mer Khamis neu gegründet, in dem trotz dessen Ermordung vor genau drei Jahren die Ausbildung junger palästinensischer Schauspieler und Filmregisseure mit Erfolg fortgesetzt wird. Außerdem schicken wir Briefe an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Aktionen und Informationen

in bezug auf den Jüdischen Nationalfonds (JNF, hebräisch: Keren Kayemet), der unter dem Vorwand, Israel zu begründen, die Enteignung und Unterdrückung der Palästinenser betreibt. Letzten November rief die Jüdische Stimme auf zur Demonstration gegen die Rolle der JNF am 3. Israel Kongress, dessen Ziel war, Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu intensivieren. Die Jüdische Stimme arbeitet mit der palästinensischen Gemeinde und mit israelischen Friedensgruppen zusammen. Vor zwei Jahren unterstützten wir das kontroverse Gedicht von Günter Grass. Wir marschierten mit den jungen Iranern und Israelis, als sie gemeinsam gegen die Politik ihrer Regierungen protestierten.

Ja, mal ist die Stimme laut und kontrovers, zum Beispiel wenn es

sich um Fragen des BDS - Boykott, Desinvestition, Sanktion - handelt. Das Wort „Boykott“ erweckt Assoziationen mit der deutschen Vergangenheit, die natürlich von unseren Kontrahenten ausgeschöpft werden. Doch selbst in solchen heiklen Angelegenheiten gelingt es den Mitgliedern, die in verschiedenen Teilen Deutschlands leben, einen breiten Konsens zu erreichen und den Boykott zu unterstützen, nicht nur den Boykott von Produkten der Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und von internationalen Firmen, die von der Besatzung profitieren (siehe [www.whoprofits.org](http://www.whoprofits.org)), sondern auch eine differenzierte Teilnahme am kulturellen-akademischen Boykott derjenigen israelischen Institutionen, die eine diskriminierende Politik verfolgen.



Ruth Fruchtman

Natürlich dürfen wir uns keine Illusionen machen. Wir werden keine Wunder bewirken, doch in der verheerenden politischen Lage ist selbst ein Ruf in der Wüste besser als feiges Schweigen.

[www.juedische-stimme.de](http://www.juedische-stimme.de)

Ruth Fruchtman ist Schriftstellerin und Journalistin, in London geboren, seit 1986 in Berlin. Beiträge für den Hörfunk, vor allem zur polnisch-jüdischen und palästinensisch-israelischen Thematik: u.a. Der Zionistische Traum – Das Ende einer Illusion WDR/rbb, 2003; Palästina-Israel – Ein Wintermärchen, rbb, 2009. Mitbegründerin der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.; langjähriges Mitglied des Arbeitskreis Nahost Berlin.



Israelisches Warnschild außerhalb von Nablus im Westjordanland

## Die Menschenrechtsszene in Palästina

Die wichtigsten elf palästinensischen Menschenrechtsorganisationen gehören zum Bündnis des Palestinian Council of Human Rights Organisations und sind sowohl im Gaza-Streifen als auch in Ostjerusalem und im Westjordanland aktiv. Die katastrophale Lage im Gazastreifen unter der andauernden israelischen und ägyptischen Blockade ist ebenso im Fokus vom al-Mezan Center for Human Rights und dem Palestinian Centre for Human Rights. Aber die immer größer werdende administrative Trennung zwischen Gazastreifen und Westjordanland und die Bewegungseinschränkungen innerhalb des Westjordanlandes führen auch zu einer Zerstückelung der palästinensischen Zivilgesellschaft.

Neben den etablierten Organisationen gibt es zahlreiche

Menschenrechtsverteidiger, die sich in lokalen Initiativen, informellen Gruppen oder Parteien für die Einhaltung der Menschenrechte einbringen ebenso wie zahlreiche palästinensische Journalisten und Medienaktivisten.

### Dokumentation und Verbreitung

Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen ist für alle eine zentrale Aufgabe, beispielsweise die israelische Politik der Hauszerstörung und Vertreibung vor allem in den C-Gebieten, der wachsende Siedlungsbau und Übergriffe seitens der Siedler, der fehlende Zugang der palästinensischen Regierung und Bevölkerung zu Rohstoffen und Land, der Bau der „Trennmauer“ und die Situation der über 5000 palästinensischen politischen Gefangenen.

Der nächste Schritt ist die Bekanntmachung dieser Menschenrechtsverletzungen in internationalen Foren, was auch von israelischen Organisationen wie B'Tselem unterstützt wird. Nicht weniger wichtig ist das Anliegen des Aufbaus einer palästinensischen Zivilgesellschaft, die auch Rechtsverletzungen nach innen entgegenzutreten kann, zum Beispiel der Benachteiligung von Frauen oder der Einschränkung von Rechten durch die palästinensischen Behörden. Die Frauenrechtsszene in Palästina ist dynamisch. Allerdings werden die Erfolge der großen Frauenorganisationen (zum Beispiel: [www.wclac.org](http://www.wclac.org)) durch die negative politische Gesamtentwicklung eingeschränkt.

Lara Merizian, Praktikantin und Dr. René Wildangel, Heinrich-Böll-Stiftung, Ramallah

## Wichtiger denn je: Unterstützung für die Menschenrechte vor Ort

Von René Wildangel

Das Leben der meisten Palästinenser wird vom Alltag der israelischen Besatzung dominiert. Die mühsam aufgebaute palästinensische Autorität und ihre Institutionen stehen ohne Vollendung der staatlichen Souveränität vor dem Scheitern oder drohen ihrerseits in autoritäre Strukturen ohne demokratische Legitimation abzurutschen. In dieser schwierigen Lage kommt der Unterstützung der universalen Menschenrechte und ihrer Verteidiger mehr Bedeutung zu denn je.

Das passiert unter schwierigsten Bedingungen: So wurde unser Partner ‚Addameer‘ in Ramallah im Dezember 2012 nachts von der israelischen Armee überfallen. Laptops,

Festplatten und eine Kamera wurden entwendet. Mehrere Mitarbeiter der Organisation, die sich selbst für die Rechte der palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen einsetzt, befanden sich in der Vergangenheit in Haft. Dennoch vertritt Addameer weiterhin palästinensische Gefangene vor den Militärgerichten im Westjordanland und betreibt Lobbying für die Abschaffung



René Wildangel (40) Historiker, Direktor der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah

der „Administrativhaft“ und für die internationale Isolation von Unternehmen wie dem Sicherheitsdienstleister G4S, der als Geschäftspartner der israelischen Armee menschenrechtliche Standards verletzt. Dramatisch ist die Situation im Ostjerusalem Stadtteil Silwan, wo das „Wadi Hilweh Information Center“ auf die Menschenrechtsverletzungen seitens der israelischen Siedler aufmerksam zu machen versucht ([www.silwanic.net](http://www.silwanic.net)).

Je ferner eine politische Lösung des Konflikts zu rücken scheint, desto wichtiger ist die Arbeit der Menschenrechtsaktivisten, die jenseits von Verhandlungsrunden unmittelbar für die unteilbaren Rechte der Palästinenser unter der Besatzung eintritt, so wie sie das Humanitäre Völkerrecht und internationale Konventionen garantieren.

[www.ps.boell.org](http://www.ps.boell.org)

### Welche Schwierigkeiten gibt es?

Oh, wir haben jeden Tag mit Hunderten von Hindernissen zu kämpfen. Wir können nicht nach Gaza oder nach Ostjerusalem. Sogar den Zugang zur Westseite der Mauer verwehrt die israelische Armee uns, obwohl sie diesseits der Grünen Linie gebaut ist. Manchmal verweigert Israel auch



Majed Abbadi, Al-Haq Mitarbeiter in Ramallah

## Al Haq heißt Recht

Majed Abbadi arbeitet in Ramallah für Al-Haq, die älteste Menschenrechtsorganisation in der arabischen Welt (1979).

### Herr Abbadi, was macht Al-Haq?

Wir haben 40 Mitarbeiter, die meisten hier in Ramallah. Sechs sind mit Feldforschung beauftragt, um von Jenin bis Rafah im Süden von Gaza Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, sei es durch Palästinenser oder durch Israelis. Die Vergehen der Palästinenser sind meist Verstöße gegen die Versammlungs- und

Meinungsfreiheit, aber auch Fälle von Folter. Die palästinensische Justiz ist jedoch offen für unsere Interventionen. Wir sind kein Archiv, sondern wir nutzen die Forschungsergebnisse zur Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Bei den Vergehen der israelischen Soldaten und Siedler geschieht das international und über die israelische Friedensbewegung.

Außerdem unterrichten wir in unserem Zentrum für angewandtes Recht Jurastudenten und Menschenrechtsaktivisten und begleiten Forschungsvorhaben von Juristen und Völkerrechtsexperten. Letztes Jahr haben wir eine Studie über die Wasser-Apartheid in den besetzten Gebieten veröffentlicht.

## Society of St. Yves – Katholische Menschenrechtsorganisation im Heiligen Land

von Anica Heinlein

St. Yves wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, die Rechte der Benachteiligten unabhängig von religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit zu verteidigen. Durch juristischen Beistand sollen Menschenrechtsverletzungen verhindert und Menschen dabei unterstützt werden, ihre Grundrechte einzufordern. Dafür kämpfen heute insgesamt 20 Mitarbeiter aller Glaubensrichtungen, darunter zehn Anwälte. In Jerusalem vertritt St. Yves Fälle in den Bereichen Aufenthaltsrecht, Familienzusammenführung, Kindesregistrierung sowie Durchsetzung des Anspruchs auf Sozialleistungen. In der südlichen Westbank repräsentiert die Organisation Klienten in den Bereichen Häuserzerstörungen, Landenteignungen und Klagen gegen verwehrt Ausreisegenehmigungen aus der Westbank. St. Yves begleitet Einzelfälle und Sammelklagen durch alle juristischen Instanzen bis hin zum israelischen Obersten Gerichtshof. Das Fallvolumen ist immens: St. Yves repräsentiert rund 700 Gerichtsfälle und schließt ca. 2.000 Akten im Bereich Rechtshilfe pro Jahr. Trotzdem ist der vorhandene Bedarf lange nicht gedeckt.

um Ehepartner, die nicht krankenversichert sind, nicht arbeiten können oder ein Auto fahren dürfen, um Familien, die alle zehn Monate in der Angst leben, die immer nur für ein Jahr gültige Aufenthaltsgenehmigung für den Partner aus der Westbank könnte nicht verlängert werden. Solange das Familienzusammenführungsverfahren jedoch ausgesetzt bleibt, sind die rechtlichen Möglichkeiten begrenzt.

### Erfolg für Cremisans Nonnen

Ein Erfolgsbeispiel für diese Kombination von juristischer Arbeit und internationaler Öffentlichkeitsarbeit ist der Fall Cremisan: Israel plant weit hinter der Grünen Linie, die Mauer durch das bei Bethlehem liegende Tal Cremisan zu bauen. Sie bedroht die Schule der salesianischen Nonnen dort. Deswegen suchten sie 2010 juristischen Beistand von St. Yves. Mittlerweile wird der Fall vor dem israelischen Obersten Gerichtshof verhandelt. Neben der juristischen Arbeit konnte St. Yves den Fall national und international publik machen. Der Gerichtshof hat nun angedeutet, dass er geneigt sei, im Interesse der Nonnen zu entscheiden und den Bau der Mauer



FOTO / PRIVAT

### Familienzusammenführung

Die strategische Öffentlichkeitsarbeit der Organisation soll dem diskriminierenden israelischen Rechtssystem entgegenwirken, indem politischer Druck auf die israelische Regierung erzeugt wird, internationales Recht zu respektieren. So tut es der im Dezember 2013 erschienene Bericht „Bedrohte Palästinensische Familien. 10 Jahre Aussetzung des Familienzusammenführungsverfahrens in Jerusalem“. Palästinenser aus Jerusalem und der Westbank haben einen unterschiedlichen Aufenthaltsstatus. Dies erfordert ein administratives Verfahren, um bei Mischehen dem Partner aus der Westbank zu ermöglichen, nach der Heirat in Jerusalem zu leben. Im Jahr 2002 setzten die israelischen Behörden dieses aus. Seitdem vertritt St. Yves hunderte Familien in ihrem Kampf, legal in Jerusalem zu leben. Seit zehn Jahren bekämpft die Organisation die Folgen dieser diskriminierenden Gesetzgebung juristisch: Es geht um unregistrierte Kinder aus diesen Ehen, die für die Behörden nicht existieren,

Cremisan: Freitäglicher Protestgottesdienst gegen Mauerverlauf

im Tal zu verhindern. Eine endgültige Entscheidung wird für Juli erwartet. Ursprünglich hatte der Fall rein juristisch gesehen wenig Hoffnung auf Erfolg. Vor vier Jahren glaubte kaum jemand an einen positiven Entscheid, der bedeutet, dass 400 palästinensische Kinder weiterhin zur Schule gehen und 58 palästinensische Familien ihr Land behalten können.

[www.saintyves.org](http://www.saintyves.org)



Anica Heinlein ist seit 2010 Beraterin für Advocacy- und Lobbyarbeit bei der Society of St. Yves im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Westjordanland zurückziehen.

### Was ist Ihre persönliche Motivation?

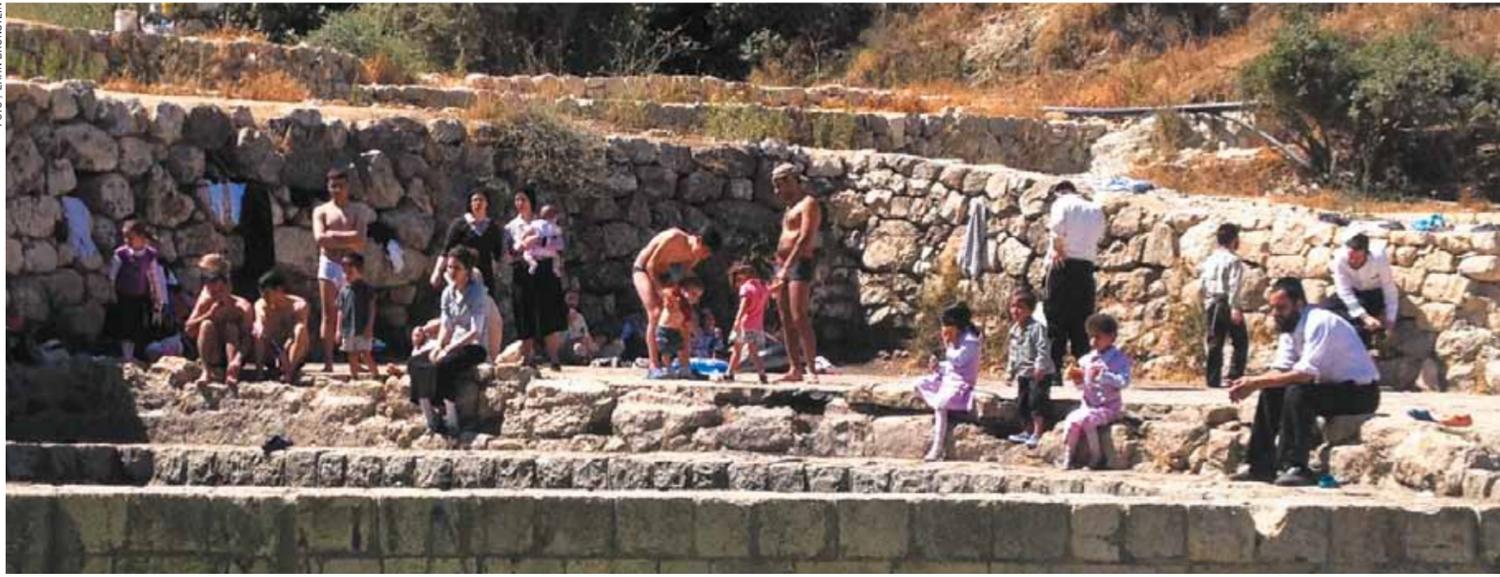
Ich war während der ersten Intifada drei Jahre lang in vier israelischen Gefängnissen. Ohne Gerichtsverfahren. Ich wurde gefoltert. Meine Arbeit für Al-Haq ist so etwas wie eine Therapie für mich und mein Volk.

### Was gibt Ihnen Kraft?

Der Glaube, dass die Besatzung enden wird. Keine Okkupation hat ewig gedauert. Wir werden unsere Freiheit und unseren unabhängigen Staat bekommen. Aber ich bin traurig über die vielen Opfer bis dahin.

ck

[www.alhaq.org](http://www.alhaq.org)



## Die Rufer in der Wüste

Vom Protest der israelischen Menschenrechtsaktivisten

von Eva Baumgärtner

„Wir sind höchstens ein paar Tausend“, sagt Yossi Bartal. Der 27-Jährige engagiert sich in der israelischen linken Szene und seine Schätzung verdeutlicht, wie klein die Gruppe in Israel ist, die gegen die Besetzung des Westjordanlands demonstriert oder Menschenrechtsverletzungen anprangert. Zum Mainstream wurde sie nie. Doch zählte die Szene schon einmal mehr Anhänger, in den 90er Jahren war das, als das Oslo-Abkommen Hoffnungen auf beiden Seiten nährte. Dann kam die zweite Intifada „und viele Linksliberale wurden zu Rechten“, sagt der Israeli Bartal. Doch bedeutete die zweite Intifada nicht das Ende der Friedensszene. Es formten sich neue Graswurzelorganisationen wie Anarchists Against the Wall, bei der sich auch Bartal engagiert, sowie Ta'ayush (arab. zusammen leben) und Combatants for Peace, wo israelische Ex-Soldaten gemeinsam

mit ehemaligen palästinensischen Widerstandskämpfern der Gewalt abschwören. Das Besondere an diesen Gruppen ist, dass sich hier Israelis gemeinsam mit Palästinensern für ein gleichberechtigtes Zusammenleben einsetzen.

### Regierung reagiert panisch

Es ist schwer, links von liberal und extrem links abzugrenzen. Im Topf mit der Aufschrift „Linkssein“ stecken unterschiedliche Ziele, auch wenn bei allen die Beendigung der Besetzung dazugehört. Da gibt es jene, die eine jüdische Mehrheit im eigenen Staat sicherstellen möchten und sich deshalb für eine Zweistaatenlösung aussprechen oder jene, für die es am Ende doch nur einen geben wird und die deshalb gleiches Recht für alle fordern. Doch sie alle stolpern über die Steine, die ihnen in den Weg gelegt werden. „Die israelische Regierung reagiert panisch auf die Linke“, erklärt Bartal. Das sei

ein neues Phänomen und die Regierenden täten alles, um die Aktivisten mit rechtlichen Mitteln zu stoppen. Dort, wo diese Mittel fehlten, wurden sie in den letzten Jahren geschaffen. Da gibt es beispielsweise das Gesetz, das jedweden Aufruf zum Boykott gegen Israel unter Strafe stellt, mit hohen Bußgeldzahlungen.

### „Wie hoch ist der Preis?“

Wie sehr die Wahl der politischen Seite über die Zukunft entscheidet, hat Noam Gur erfahren. Die 20-jährige Israelin engagierte sich bei der Nichtregierungsorganisation New Profile und berät Jugendliche, die den Wehrdienst in Israel verweigern wollen. „Wie hoch ist der Preis?“ Diese Frage wird ihr oft gestellt. Sie kennt den Preis, denn sie zahlt ihn gerade. Gur studiert Computer Science in Tel Aviv, eine Chance auf ein Stipendium hat sie nicht. Ihr fehlt der Nachweis, dass sie die zwei obligatorischen Jahre in der Armee

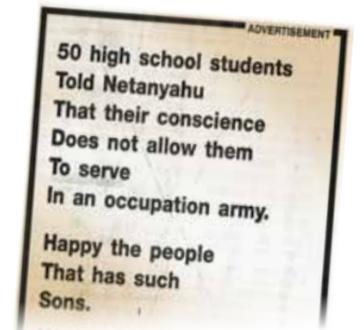
verbracht hat. Auf dem Gymnasium bot ihr das Militär sogar an, ihr gesamtes Studium zu finanzieren. Die Anstellung danach wäre auch gesichert gewesen. Gur lehnte ab. Ein anderer Weg führte zu einem anderen Leben. Ob sie heute noch einmal den Dienst an der Waffe verweigern würde? „Ich bin mir nicht sicher“, sagt sie. Sich öffentlich gegen die Regierung und die Mehrheit im Land zu stellen, ist nicht nur eine Frage der Überzeugung, sondern auch des Geldes. Wer kann es sich leisten, auf ein Stipendium zu verzichten oder auf einen sicheren Job?

Steigende Mieten und Lebenshaltungskosten brachten die Menschen in den Jahren 2011 und 2012 auf die Straße. Die Sozialproteste hätten so manche alten Denkmuster aufgebrochen, meint Yossi Bartal, der seit acht Jahren in Berlin lebt. Wie das passierte? „Die Leute haben angefangen zu verstehen, dass die

**„Zu glauben, dass wir ein gesellschaftliches Umdenken hervorrufen können, wäre absurd.“**

Ultraorthodoxe Juden nehmen ein Bad in der Quelle von Lifta, einem verlassenen palästinensischen Dorf westlich von Jerusalem, aus dem die Bewohner 1948 fliehen mußten.

gleichen Polizisten, die sie angreifen und die gleichen Politiker, die sie anlügen, auch diejenigen sind, die die Palästinenser unterdrücken“. So gewann die Szene also ein paar neue Aktivisten, auch wenn das Resümee über den Einfluss der linken Bewegung nüchtern ausfällt: „Zu glauben, dass wir ein gesellschaftliches Umdenken hervorrufen können, wäre absurd.“ Bartal spricht von internationalem Druck, der notwendig sei, um eine Veränderung herbeizuführen: „Weil der Mächtige nun einmal nie seine Macht aufgibt – ohne Druck von außen.“



Anzeige von Gush Shalom in Ha'aretz am 14.03.2014: Sie nimmt Bezug auf den Brief von 58 Abiturienten, 18 bis 20-jährige Frauen und Männer aus ganz Israel, die Anfang März in einem Brief an den Premier erklärten, dass sie ihrer Wehrpflicht in der israelischen Armee nicht nachkommen werden. Ihr Ziel sei es, damit eine öffentliche Debatte über die Besetzung zu entfachen. Die Unterschrift sei ein Protest gegen unsere militaristische und nationalistische Erziehung, sagt Roni Lax, 20, einer der Wehrdienstverweigerer, im Gespräch mit dem Ha'aretz Journalisten Gideon Levy. ck

## Das Leid der Anderen

Zochrot erinnert an die Vertreibung der Palästinenser

Ein Busticket. Das kleine Stück Papier sieht aus, wie die Fahrscheine in Israel aussehen. Doch es gibt einen Unterschied: Es ist gültig für die Linie 194 – und das seit Dezember 1948. Die Zahl 194 steht für die Resolution der Vereinten Nationen, die es den vertriebenen Palästinensern ermöglichen soll, in ihre Heimat zurückzukehren. Im Winter 1948 wurde die Resolution verabschiedet. Die Idee für das Busticket stammt von Eitan Bronstein. Er ist der Gründer der israelischen Nichtregierungsorganisation Zochrot, was übersetzt „die sich Erinnernden“

bedeutet. Seit zwölf Jahren will Bronstein den jüdischen Israelis eine Erinnerung ins Gedächtnis rufen – an die Nakba.

Ein Jahr, 1948, zwei Narrative: Für die Israelis ist es das Jahr der Staatsgründung, für die Palästinenser das der Katastrophe, der Nakba, in dem 400 bis 500 ihrer Dörfer zerstört wurden. Einen Perspektivwechsel will Bronstein mit Zochrot erreichen. Dafür organisiert er Touren zu ehemaligen palästinensischen Dörfern, die entweder Ruinen sind oder in denen jetzt Israelis leben. Dort hängt er dann gelbe Schilder auf mit den früheren Namen der Straßen – in arabischer und hebräischer Sprache. Mehr als 100 solcher Schilder wurden bereits befestigt und bald darauf von Israelis wieder heruntergerissen.

### Für viele ein Verräter

Für diese Touren hatte die Organisation auch die Bustickets entworfen und sie an die Teilnehmer, vor allem jüdische Israelis, verteilt. Hinzu kommen Ausstellungen, Veröffentlichungen von Zeitzeugen-Interviews und Unterrichtsmaterialien für israelische Schulen, mit denen Zochrot auf die Vertreibung der Palästinenser im Jahre 1948 aufmerksam macht. Doch was denken die Israelis über Bronstein? „Viele halten mich für einen Verräter“, sagt der 54-Jährige. Das hält ihn nicht davon ab, weiterzumachen. Genauso wenig, wie das sogenannte Nakba-Gesetz, das öffentliche Gedenkfeiern unter Strafe stellt, die an die Vertreibung der Palästinenser erinnern. [www.zochrot.org](http://www.zochrot.org)



Eitan Bronstein, Gründer von Zochrot

Eva Baumgärtner



## Menschenrechtsverletzungen per Nahaufnahme

Das Kameraprojekt von B'Tselem

Siedlergewalt, willkürliche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Die Zeugnisse täglicher Menschenrechtsverletzungen gebannt auf Video, hochgeladen bei Youtube, sichtbar für jeden. Die Nichtregierungsorganisation B'Tselem hat das Kameraprojekt 2007 ins Leben gerufen. Die Mitarbeiter verteilen Kameras an Palästinenser in der Westbank, in Ostjerusalem und in Gaza, und die filmen, was sie täglich erleben. Rund 200 Kameras sind im Umlauf. Es gehe darum, „die Lebensrealität der Palästinenser in das Bewusstsein der israelischen Öffentlichkeit, der Regierenden und der

internationalen Gemeinschaft zu bringen“, erklärt Sarit Michaeli.

Seit fast zehn Jahren arbeitet sie für B'Tselem. Kleine Erfolge hat das Videoprojekt bereits erzielt. Vereinzelt kam es beispielsweise zu polizeilichen Untersuchungen gegen Siedler. Die hatten Palästinenser angegriffen, eine Kamera nahm alles auf, und die Behörden ermittelten schließlich. Die meisten Siedler brauchen jedoch nicht mit Strafen zu rechnen, daran konnten auch B'Tselem und das Videoprojekt nicht rütteln. Und doch hat die Kamera einen Einfluss auf so manchen Siedler und Soldaten, denn das Maß an Gewalt sinkt, wenn ein

B'Tselem Filmkamera – Workshop mit Palästinenserinnen

Objektiv auf sie gerichtet ist. Die Recorder bieten also Schutz. Wie ein drittes Auge werden sie vor dem Gesicht getragen, das nun dauerhaft festhält, was der Öffentlichkeit zumeist verborgen bleibt. „Bevor wir Kameras hatten, sind die Siedler fast jeden Tag gekommen, jetzt passiert das nur noch selten“, wird ein Palästinenser aus Hebron auf der Homepage der Organisation zitiert. B'Tselem ist keine politische Organisation. „Es ist nicht unsere Aufgabe, den Israelis und Palästinensern zu sagen, wie sie den Konflikt lösen sollen“, erklärt Michaeli. Der Fokus liegt auf den Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten und darauf macht B'Tselem seit 25 Jahren aufmerksam – mit Berichten und Interviews, welche die Verstöße gegen internationales Recht dokumentieren. Doch das geschriebene Wort wurde oft angezweifelt, Übergriffe abgestritten. Die Videoaufnahmen machen ein Leugnen und Wegsehen zwar nicht unmöglich – aber zumindest schwieriger. Eva Baumgärtner [www.btselem.org](http://www.btselem.org)

B'Tselem heißt wörtlich auf hebräisch ‚als Bild von‘ und steht am Anfang der Bibel: Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde (Genesis 1,27). Es wird als Synonym für Menschenwürde gebraucht. In dem Sinne formuliert der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ ck

# Deutschlands Verantwortung für Israel

Im Vertrag der Großen Koalition im Deutschen Bundestag zwischen CDU/CSU und SPD vom 14. Dezember 2013 finden sich einige Sätze zu Israel und den Palästinensern. Moshe Zuckermann sagt, was er davon hält. Er ist Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.

Aus dem Koalitionsvertrag: „Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. 2015 feiern wir das 50-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel. Dieses Jubiläum wird die Bundesregierung angemessen würdigen.“

## „Was nun, wenn Israel seine Existenz aufs Spiel setzt?“

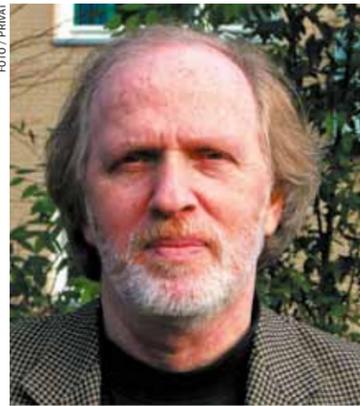
Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Staat Israel in

anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.“

Nicht ersichtlich wird aus diesen hohen Worten, was es für die Große Koalition bedeutet, wenn sich herausstellt, daß Israel die so definierte Zweistaaten-Lösung gar nicht will bzw. alles daran setzt, ihre Verwirklichung zu unterminieren, wie an Israels expansiver Siedlungspolitik im besetzten Westjordanland seit Jahrzehnten zu beobachten ist. Aber etwas Grundlegenderes bleibt in diesem Passus des Koalitionsvertrages nebulös. Was nun, wenn abzusehen ist, daß gerade die von Israel betriebene Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels Sicherheit, mithin seine Existenz mittelfristig aufs Spiel setzt? Wie sähe es da mit der postulierten „besonderen Verantwortung Deutschlands“ Israel gegenüber aus? Müßte die Große Koalition in einem solchen Fall sich nicht Israels Politik dezidiert und für jedermann sichtbar widersetzen?

Davon, was es bedeutet, daß Israel ein „jüdischer Staat“ sein soll, darf hier geschwiegen werden. Das weiß man in Israel selbst nicht genau. Daß aber unter den entstandenen historischen Bedingungen von Israel als einem „jüdischen und demokratischen Staat“ die Rede sein soll, gleicht nachgerade dem Streben nach einer Quadratur des Kreises.

Moshe Zuckermann



Moshe Zuckermann

## Demokratie unter der Lupe Gesetzgebung gegen Gleichheit

Am 31. März versuchte der Sprecher der Knesset, Yuli-Yoel Edelstein, den Nachweis einer Demokratie in Israel mit Hinweis auf den Parlamentarismus mit starker Opposition zu führen. Kann das denn reichen? Gehören dazu nicht wenigstens die Einhaltung bestimmter Mindeststandards? An deren Spitze stehen die Menschenrechte. Die Vereinten Nationen haben sich und alle ihre Mitgliedsstaaten in einer Allgemeinen Erklärung vom 10. Dezember 1948 darauf verpflichtet.

### Israelische Selbstverpflichtung

Der Staat Israel hatte sich schon vorher in seiner Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 die Entwicklung des Landes zum Wohle ausdrücklich aller seiner Bewohner zum Ziel gesetzt. Auf den Grundlagen der Freiheit und Gleichheit wollte er volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren. Und er wollte die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren.

Das ist sehr lange her und inzwischen wohl vergessen. Denn das Parlament, die Behörden und auch die Rechtsprechung werden den hohen

Vorgaben der UNO und der eigenen Unabhängigkeitserklärung nicht gerecht. Diskriminierungen sind an der Tagesordnung. Wohl gemerkt, hier wird nur von den Staatsbürgern Israels gesprochen, vor allem Juden und Palästinensern, nicht von den Besetzten im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen.

### Freizügigkeit?

**Erklärung der Menschenrechte Artikel 13:** „(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates.“

Ein Gesetz der Knesset vom März 2011 legalisiert Diskriminierung beim Wohnsitz und macht damit ein entgegenstehendes Urteil des



Khirbet Yarza im Jordantal am 23.01.2014: Eine Palästinenserin klagt über die Zerstörung ihres Hauses durch die israelische Armee



### Anschlag auf Gazas Arche

Die Initiative Gaza's Ark hat sich zum Ziel gesetzt, die Blockade mit einem Boot von Gaza aus zu durchbrechen. Das umgebaute alte Fischerboot soll bald Handelsprodukte aus Gaza an europäische Häfen und internationale Märkte bringen. Nun hat eine Explosion an Bord im Hafen von Gaza Stadt in der Nacht vom 29. April das Boot schwer beschädigt. Die Ermittlungen der Hamas Polizei dauern an. Aktivisten der Freegaza-Bewegung

vermuten einen Sabotageakt des israelischen Militärs, dessen Sprecher jeden Kommentar ablehnt. Internationale Experten für den Schiffbau, die an der Aktion beteiligt sind, versuchen gemeinsam mit den Fischern in Gaza, den Schiffbau und die Schifffahrt wiederzubeleben und einen kleinen Beitrag zum Abbau der hohen Arbeits- und Hoffnungslosigkeit zu leisten. [www.gazaark.org](http://www.gazaark.org)

Edith Lutz / Haaretz

Obersten Gerichts unwirksam. Es erlaubt Gemeinden bis zu vierhundert Familien, einen Zuzügler zurück zu weisen, wenn er nach Auffassung einer Zulassungskommission sozial nicht in die Ortsgemeinschaft passt.

Das Gesetz soll in erster Linie Palästinenser von jüdischen Gemeinden fernhalten. Nach Erkenntnissen der Menschenrechtsorganisation Mossawa (Gleichheit) in Haifa zielt es insbesondere auf Ortschaften in Galiläa und im Negev. Es kann aber auch für die Diskriminierung zum Beispiel alleinstehender Frauen und Behinderter herangezogen werden.

### Freiheit für Ehe und Familie?

**Erklärung der Menschenrechte Artikel 16:** „(1) Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne Beschränkung durch Rasse, Staatsbürgerschaft oder Religion das Recht, eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen.“

Am 31. Juli 2011 verabschiedete die Knesset die neunte Ausweitung des Nationalitäts und Einwanderungsgesetzes. Es hindert palästinensische Bürger Israels, für Ehegatten aus den besetzten Gebieten oder „Feindstaaten“ ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht oder die Staatsbürgerschaft in Israel zu erwerben. Formell gilt das Gesetz auch für Juden, als Opfer kommen aber wohl nur Palästinenser infrage.

So wird geschätzt, dass von der Diskriminierung mehr als 25.000 palästinensische Familien betroffen sind. Gegen eine einmütige Resolution der UN-Kommission zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung erklärte der Oberste Gerichtshof Israels in einer Entscheidung vom Januar 2012 das Gesetz für verfassungsgemäß.

Haus des Unrechts?  
Das Gebäude der Knesset, des israelischen Parlaments



## Meldungen

### Fall für den Internationalen Gerichtshof

Nach Ansicht des Berichterstatters des UNO-Menschenrechtsrates für die Palästinensergebiete, Richard Falk, ist die Besetzung durch Israel ein Fall für den Internationalen Gerichtshof (IGH). Das Tribunal in Den Haag müsse Vorwürfe der Apartheid und ethnischer Säuberungen durch die Besatzer überprüfen. Falk sprach am 21. März zum Abschluss seines sechsjährigen Mandates vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf. In den sechs Jahren habe sich die Situation für das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten unentwegt verschlechtert, sagte der jüdische Professor aus den USA. 20 Minuten

### Erster beim Militär

Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) hat Israel als Spitzenreiter im Globalen Militarierungsindex (GMI) 2013 ermittelt. Der GMI misst im wesentlichen die Größe und Bedeutung des Militärapparates im Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft eines Staates. Israel kam auf fast acht Prozentpunkte bei einem weltweiten Durchschnitt von rund 2,5 Punkten. Deutschland erreichte 1,4 Punkte. Hinter Israel folgten Syrien und Jordanien auf den Plätzen fünf und sechs. BICC

### Schießwütig

Für 2013 hat Amnesty International 22 Tötungen von palästinensischen Zivilisten in der Westbank dokumentiert, mindestens vierzehn davon im Zusammenhang mit Protesten. In allen untersuchten Fällen hatten die durch israelische Soldaten getöteten Palästinenser offenbar keine direkte und akute Lebensbedrohung dargestellt. Das israelische System zur Aufklärung solcher Verstöße, von denen einige laut Amnesty als Kriegsverbrechen bezeichnet werden können, habe sich bislang als völlig unzureichend erwiesen. Amnesty International

### Meinungsfreiheit?

**Erklärung der Menschenrechte Artikel 19:** „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung: ...“

Im März 2011 beschloss die Knesset das sogenannte Nakba-Gesetz, das von der extrem rechten Partei Yisrael Beiteinu eingebracht worden war. Es verweigert Organisationen, die zum Beispiel am „Tag der Trauer“ an die Vertreibung Hunderttausender von Palästinensern durch den entstehenden israelischen Staat erinnern, öffentliche Gelder. Dies hat vor allem Beeinträchtigungen palästinensischer Einrichtungen zur Folge.

### Umfassende Diskriminierung

Aus dem umfangreichen Instrumentenkasten der Diskriminierung palästinensischer Israelis sind hier nur einige Beispiele herausgegriffen. Mossawa hat mindestens 35 Gesetze identifiziert, besonders viele neue seit der Knessetwahl von 2009.

Darüber hinaus sieht Mossawa eine weitreichende Diskriminierung im Staatshaushalt Israels. So seien 2012 für palästinensische Bürger, die etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen, nur 6,25 Prozent der Haushaltsmittel aufgewendet worden. Diese Diskriminierung lasse sich für fast jedes Ministerium nachweisen.

[www.mossawacenter.org](http://www.mossawacenter.org)

Karl-Otto Körber

## Warum schweigen die Kirchen?

Warum schweigen die Kirchen so nachdrücklich zu dem Unrecht, das Israel nun schon seit Jahrzehnten an den Palästinensern begeht? Als den Kirchen 1945 das ganze Ausmaß der Katastrophe bewusst wurde, zu der sie selbst auch durch Schweigen oder Mitmachen beigetragen hatten, mussten sie ihre Theologie überdenken, um ihre Schuld gegenüber den Juden abzutragen. Die neue nun entstandene Nach-Auschwitz-Theologie gab dem alttestamentlichen Gottesbild den Vorzug, das an ein bestimmtes Land und eben an das Volk der Juden gebunden ist. Für diese Theologie ist das im Alten Testament von Gott erwählte jüdische „Heils“-Volk mit den heutigen Juden identisch. Das bedeutet aber auch, dass die Landverheißungen des Alten Testaments volle Gültigkeit haben.

Eine solche theologische Position hat enorme politische Auswirkungen. Sie rechtfertigt Israels Politik und schweigt zur brutalen Besatzungs- und Landraubpolitik dieses Staates. Die beiden Theologen Peter Bingel (evangelisch) und Winfried Belz (katholisch) haben diese Zusammenhänge jetzt in einem Buch aufgeheilt. Ihre Kritik verurteilt die Position der Kirchen: „Die Nach-Auschwitz-Theologie setzt in ihrer bewussten Verdrängung aktueller ethisch-politischer Fragen ... an die Stelle eines mit Recht beklagten antijüdischen Rassismus implizit einen projüdischen, antiarabischen und antipalästinensischen Rassismus.“ Es ist zu hoffen, dass dieses wichtige Buch dazu beiträgt, endlich einen Prozess der Umorientierung in den Kirchen einzuleiten.

Arn Strohmeyer

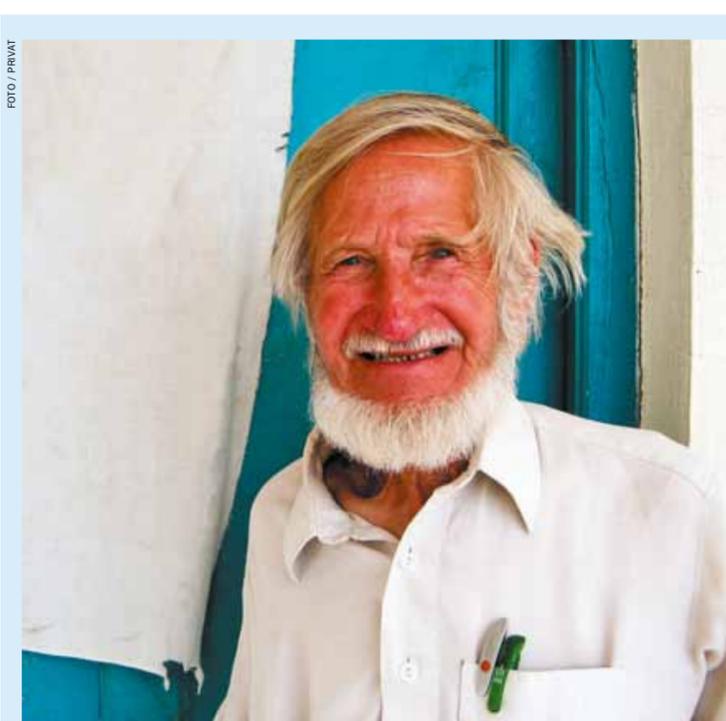


Peter Bingel/  
Winfried Belz:  
Israel kontrovers.  
Eine theologisch-politische Standortbestimmung,  
Rotpunkt Verlag  
Zürich 2013,  
€ 12

## Täglich neue Tragödien

Palästinenser, die von 40-Minuten-Flügen von Jerusalem nach Beirut schwärmen, eine christliche, palästinensische Ex-Ministerin, die die Lähmung der Regierungsarbeit durch Israel schildert, Tränen des Autors bei der Beerdigung eines jungen Mannes. Auch wer meint, viel über das Leben in Palästina und Israel zu wissen, wird von Johannes Zang überrascht.

Der Autor bewegt sich dabei mit



## Erinnerte Geschichte von 1948

von Rupert Neudeck

Der große israelische Erzähler Yoram Kaniuk ist letzten Sommer gestorben. Was an seinem letzten Buch „1948“ so bewegt, sind die Gedächtnis-Leistungen des alten Schriftstellers, der im Krieg damals gerade mal 18 Jahre alt war. Er erinnert sich an sein Erleben als Soldat der vorstaatlichen jüdischen Armee Palmach in jener Gegend Palästinas, wo sich heute der israelische Ben-Gurion-Flughafen befindet. Er spricht zunächst von sich in der dritten Person:

„Der Ex-Soldat der Palmach erlebt in einigen Dörfern Menschenleere. Er hatte Gräuelt auf beiden Seiten erlebt, war abgestumpft, meinte, keine Gefühle mehr zu haben. Die Menschenleere setzt ihm zu. Zwei Tage verbrachte er in dem leeren Ramla, dann humpelte er ein wenig verletzt in die Nachbarstadt Lud, die ebenfalls menschenleer war. In der Kindheit waren sie über Lud, das alte Lydda, nach Haifa gefahren. Es war der größte Bahnhof des

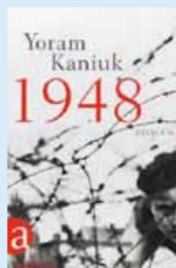
Landes. Er macht einen Rundgang durch das leere Lud. Er sah weggeworfene Kleidungsstücke, verdorrte Schuhe, abgefallene Mützen. Im Hinterkopf hallte in ihm nur das Trappeln der flüchtenden Schritte. Neben einer Stacheldrahtrolle sah er viele Menschen, eng gedrängt: Frauen weinten, jammerten. Kinder brüllten vor Wut und Schmerz. Die Männer schrien, und auch sie weinten und kreischten. Als er näher kam, tauchte ein israelischer Soldat auf, der erst kürzlich eingezogen worden. Er hielt ihm das Sten-Gewehr entgegen, wusste nicht, dass der andere ein Palmach Soldat gewesen war. Der fragte den jungen Soldaten, wer diese Menschen seien, die ihn sehnsüchtig anblickten und ihn um Erbarmen anflehten. Der Soldat sagte: „Die sind nix. Araber! Wollen zurück nach Ramla. Dürfen aber nicht.“ - „Wer hat das verboten, es ist ihre Stadt gewesen?“ Der Soldat: „Sei kein Dummkopf, sie ist es nicht mehr.“ Er hielt den anderen für geistesschwach.

Rupert Neudeck, Mitinitiator von Cap Anamur - Deutsche Not-Ärzte e.V. und Gründer der Grünhelme e.V.

Nun fährt der Erzähler in Ich-Form fort: „Ich ärgerte mich über mich selbst. Jetzt hatte die Stadt ein Gesicht bekommen. Fleisch und Blut angenommen. Kleider, Kinder. Alte Frauen, die in den Disteln lagen und schrien. Flehende Männer in Anzügen, aber nicht immer mit Schuhen. Heimweh, Erniedrigung. Ich war ein Mittäter und hatte das Gefühl, dass mein Gewissen, das mich in meiner Jugend stets begleitet hatte, im kritischen Augenblick eingedämmert war.“

Der junge Kaniuk fragt sich, was er tun soll. Etwa den Soldaten eines Staates bekämpfen, zu dessen Gründung er gerade beigetragen hatte? Sein Vorgesetzter sagt ihm: „Die [=Araber] da sind Abwesende in Anwesenheit“. Ein Ausdruck, der später gesetzlich verankert wurde. Dieser monströse Begriff bedeutete: „Jeder Araber, der vor dem 14. Mai 1948 eine besetzte Stadt verlassen hatte, um jemanden zu besuchen, etwas einzukaufen, zu einem Verwandten ins Ausland zu reisen, und davon zurückkehren wollte, war quasi nie hier gewesen, als er wegfuhr. Er war anwesend, weil er da war, und abwesend, weil er weggegangen war“.

Der alte Kaniuk hatte noch im Frühsommer den Aufruf seines Schriftsteller-Kollegen David Grossmanns gegen die „habgierige Besatzung“ des Westjordanlandes und die Belagerung Gazas unterschrieben. Lange vorher hatte er bereits vor Gericht als erster jüdischer Israeli erfolgreich dafür gestritten, dass die Religionszugehörigkeit aus seinem Personalausweis gestrichen wird, wie wir aus der Biografie im Buchanhang erfahren.



Yoram Kaniuk,  
„1948“,  
Aufbau Verlag  
Berlin 2013,  
248 Seiten,  
€ 19,99

seinen Schilderungen nicht nur „Unter der Oberfläche“, sondern steigt in die tiefsten Tiefen des alltäglichen Lebens: die Qual eines Lebens unter Schikanen und systematischen Verletzungen vieler Rechte. Als Leser möchte man häufig rufen: Stopp! Die Fülle ist erdrückend unerträglich. So, wenn Zang auf zehn Seiten schildert, wie er 110 Kilometer von Zababdeh nach Jerusalem zurücklegt. Neun Stunden dauert die Irrfahrt zwischen zehn Kontrollpunkten der israelischen Armee. Und an jedem entscheiden sich Schicksale. Eine Studentin erreicht ihren Prüfungstermin nicht, andere nicht ihren Arzttermin, ihre Arbeit.

Bei diesen Schilderungen ist Zang

schon im Kapitel „Frühling“, das der Hoffnung gewidmet sein soll. Hoffnung, die für den Autor bei dieser Geschichte in der unendlichen Gekuld der Palästinenser angesichts der Demütigungen durch israelische Soldaten steht. Durch diese erdrückende Fülle und Detailgenauigkeit gewinnt das Buch seine Glaubwürdigkeit, reißt den Leser mit in den Abgrund, in die Höhle, aus der auf dem Titelbild nur eine wackelige Leiter und zwei Seile durch ein schmales Loch in der Decke führen.

Schließlich bringt Zang den Geist, aus dem er schreibt und lebt, in die treffenden Worte: „Wir als Deutsche, als Kinder und Enkel der Judenvernichter, haben eine besondere

Verantwortung für Israel. Aber auch für die Palästinenser. Wir müssen ohne Wenn und Aber an Israels Seite stehen, um dessen Sicherheit zu garantieren. Haben wir das in der Vergangenheit nicht glaubhaft vermitteln können? Wir müssen genauso fest hinter den Palästinensern stehen. Und uns viel stärker für ihre Rechte einsetzen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Und wir müssen endlich die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes einfordern. Dazu müssen wir die israelische Besatzung und Unterdrückung beim Namen nennen.“

Für die Gestaltung von Reisen in die Region bietet der renommierte Reiseleiter und Journalist viele

## Sachverstand und Sympathie

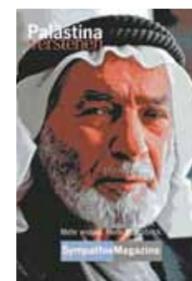
Die Sympathie Magazine des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung werden vielfach an Reisegruppen ausgegeben. Nicht immer sind sie brandaktuell. Deshalb ist es zu begrüßen, dass im vergangenen Jahr das neue Büchlein über die palästinensischen Gebiete erschienen ist. In der Tat weckt es Sympathie für diese geschundene Region.

In mehr als zwei Dutzend kleinen Beiträgen stellt es das Westjordanland und seine Menschen vor. Die Themen reichen von der Geschichte und den Menschenrechten über Politik, Wirtschaft und Kultur bis zu den Religionen. Jerusalem und dem Gazastreifen sind besondere Kapitel gewidmet, ebenso den Frauen und der Jugend. Feste der Menschen kommen ebenso wenig zu kurz wie ihre Sorgen.

Die zahlreichen Autoren sind ausgewiesene Landeskenner. Palästinensische, jüdisch-israelische und deutsche Beiträger gehören diesem Kreis an, darunter viele, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte in der Region engagieren. Zahlreiche Fotos wecken die Reiselust. Praktische Reiseinformationen und ein kleiner Zahlenanhang runden die Darstellung ab.

Leider ist auch eine Warnung auszusprechen. Eine große Karte des Westjordanlandes ist so missverständlich beschriftet, dass man dieses Gebiet für einen Teil Israels halten könnte. Das Magazin sollte Reisegruppen nicht ohne diesen Hinweis in die Hand gegeben werden.

kö



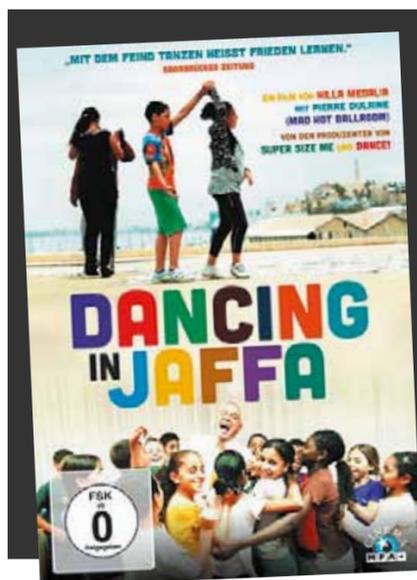
Studienkreis für  
Tourismus und  
Entwicklung (Hrsg.):  
Palästina verstehen.  
Reihe Sympathie  
Magazine,  
82 Seiten,  
Seefeld 2013,  
€ 4, Mengenrabatt

Anregungen, stellt viele Gesprächspartner vor. Das Buch basiert auf früheren Auflagen, lebt jedoch überwiegend von aktuellen Geschichten und Entwicklungen bis in den Frühling 2014 hinein. Aus einem einfachen Grund: die Besatzung liefert täglich neue Tragödien.

Christoph Gocke



Johannes  
Zang:  
Unter der Oberfläche.  
Erlebtes aus Israel  
und Palästina.  
Aphorisma Verlag,  
Berlin 2014.  
194 Seiten.  
€ 15



## Dancing in Jaffa

Der New Yorker Pierre Dulaine (69) ist Weltmeister im Turniertanz, aber geboren ist er in Jaffa als Sohn einer Palästinenserin und eines Iren. Dort will er jüdisch-israelischen und palästinensischen Kindern jeweils in Paaren den Gesellschaftstanz lehren - allen Berührungsgängsten zum Trotz. Ein unsentimentaler, humorvoller, sehr berührender Dokumentarfilm. ck

Dancing in Jaffa, Dokumentarfilm von Hilla Medalia und Pierre Dulaine, Israel 2013, 86 min., arab., hebr., engl. mit deutschen Untertiteln, DVD, 15,99 €



Freitagsgebet als gewaltfreie Protestaktion der Bewohner von Qaryut bei Nablus gegen die Sperrung ihrer Zufahrtsstraße. Das Dorf wird von israelischen Siedlungen eingeklemmt. Februar 2014

FOTO / G. FALLOVIST

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel e. V.  
**Redaktion:** Peter Bingel (bg), Christian Kercher (ck, viSdP), Dr. Karl-Otto Körber (kö)  
**Bestellung:** Christian Kercher, Christstraße 42, 14059 Berlin, kontakt@palaestina-israel-zeitung.de  
**Leserbriefe:**  
redaktion@palaestina-israel-zeitung.de  
Die einzelnen Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Im Fall von offenen Copyrightfragen wenden Sie sich bitte an die Redaktion.  
Gestaltung: David Knight  
Druck: Henke Pressedruck, Berlin  
Auflage: 4.500  
Gefördert durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

# Sehen und gesehen werden

**Internationale Präsenz kann Gewalt verringern helfen. Christine Heberlein (24) war von Januar bis April Menschenrechtsbeobachterin bei Nablus im Norden des Westjordanlandes**

Yanoun ist ein kleines Dorf mit nur 80 Einwohnern, die von der Landwirtschaft leben. Das Besondere ist, dass das Dorf von drei Seiten von Außenposten der israelischen Siedlung Itamar umgeben ist. Die Siedler von Itamar sind als gewalttätig bekannt und als die Gewalt im Jahr 2002 eskalierte, flohen die letzten Familien aus Yanoun. Nur dank internationaler Präsenz konnten die Bewohner in ihr Dorf zurückkehren. Unsere wichtigste Aufgabe war daher, mit mindestens einer Person rund um die Uhr im Dorf zu sein. Dass selbst das die Siedler nicht von Gewalt abhält, zeigte ihre nächtliche Tat des Absägens von 115 alten Olivenbäumen im Tal Ende Februar. Das Teilen des Alltags im Dorf war einer der schönsten Aspekte unserer Arbeit, zum Beispiel gemeinsam mit den Frauen Brot zu backen und von

den Bewohnern zu Tee und Kaffee eingeladen zu werden.

### Schutz auf dem Schulweg

Eine wichtige Aufgabe bestand in der Begleitung von Kindern auf ihrem Schulweg, den israelische Soldaten jeden Tag behinderten, so wie in As Sawiya: Dort beobachteten wir, wie die Schüler „Flying Checkpoints“ passieren mussten, wie sie von oben bis unten abgetastet und ihre Taschen durchsucht wurden. An anderen Tagen schossen die Soldaten Tränengas und Blendgranaten auf die Schule, mit der Begründung, die Jungen hätten Steine auf vorbeifahrende Autos von Siedlern geworfen. Anfang März wurde ein 16-jähriger Schüler auf dem Nachhauseweg wegen angeblichen Steinwerfens von Soldaten verhaftet und kam erst nach knapp zwei Wochen gegen

Kautions aus der Militär-Haft frei. Das Erschreckende für uns war, dass die Anwesenheit der israelischen Armee in und um ihre Schule für die Kinder schon alltäglich war. An einer anderen Schule schoss ein Siedler Tränengas in den Schulhof, woraufhin es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Schülern und Soldaten kam und zahlreiche Unterrichtsstunden ausfielen. Mitte Februar wurde im Schulhof eine Handgranate entdeckt, die schließlich vom Militär kontrolliert zur Explosion gebracht wurde.

### Jordantal in Bedrängnis

Das Jordantal wurde unser geografischer Schwerpunkt: Immer wieder wurden wir zu Hauszerstörungen durch die israelische Armee gerufen. Zu sehen, wie das Zuhause einer Familie innerhalb weniger Minuten

zerstört wird, war für mich besonders schwer, zumal die Familien meist in sehr bescheidenen Verhältnissen lebten und die als Notunterkünfte bereitgestellte Zelte oft vom Militär konfisziert wurden. Dazu kommt der schwierige Zugang zu Wasser: Die israelische Armee kontrolliert einen Großteil der Wasservorkommen im Jordantal und erlaubt den Palästinensern fast nie, Brunnen zu graben. Immer wieder mussten wir auf unserem Weg ins Jordantal diverse Checkpoints passieren und erleben, wie Palästinensern der Zugang zu ihrem Land erschwert wird. Ein Großteil des Landes wurde außerdem zu „Militärischen Übungszonen“ oder „Naturreservaten“ erklärt. Wir sprachen mit Familien, die ihre Dörfer mitsamt ihren Tieren aufgrund von israelischen Manövern verlassen mussten und deren Kinder wegen der nächtlichen Schüsse Alpträume hatten.

Auch die Dörfer um Yanoun besuchten wir so oft wie möglich, beispielsweise Qaryut, das zwischen mehreren israelischen Siedlungen eingeklemmt ist. Die Bewohner organisierten regelmäßig friedliche Protestaktionen wie Freitagsgebete auf der vom Militär blockierten Zufahrtsstraße

des Dorfes, die jedoch nicht selten mit Tränengas beendet wurden.

Die Arbeit war nicht leicht: Manche Situationen waren nur schwer zu ertragen und manchmal hätte ich mir gewünscht, mehr tun zu können als Berichte zu schreiben und Fotos zu machen. Die Menschen waren jedoch immer sehr freundlich und dankbar, dass sich jemand für ihr Leben unter der israelischen Besatzung interessierte. Für mich waren diese drei Monate, die ich mit diesen unglaublich lebensfrohen und standhaften Menschen in und um Yanoun verbringen durfte, eine große Bereicherung und ich habe viel gelernt, sowohl über das Leben unter der Besatzung als auch über die palästinensische Kultur.

Christine Heberlein



Christine Heberlein, Medizinstudentin aus Erlangen, berichtet von ihrem Einsatz mit dem Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI). [www.eappi-netzwerk.de](http://www.eappi-netzwerk.de)



Reuven Moskowitz im Februar in Berlin

## Ein Held, der Feinde zu Freunden macht: Reuven Moskowitz

Reuven Moskowitz (85) kommt seit 40 Jahren mit seiner Mission nach Deutschland: einem gerechten Frieden in Israel/Palästina. Das wurde im Februar in der Berliner Heilig-Kreuz-Kirche groß gefeiert.

1928 in dem Shtetl Frumusica in Rumänien geboren, überlebte er den Genozid und verhalf nach dem Krieg anderen Juden zur Flucht nach Palästina. 1947 folgte er selbst und gründete den Kibbuz Misgav-Am an der libanesischen Grenze mit. Er studierte Geschichte und hebräische Literatur und wurde Geschichtslehrer.

Von Anfang an engagierte er sich in der israelischen Friedensbewegung: als Sekretär der neuen Bewegung für Frieden und Sicherheit nach dem Sechstagekrieg 1967, als Mitbegründer des Dorfes Neve Shalom/ Wahat al Salaam, wo seit 1976 israelische Juden und Palästinenser zusammenleben, als Organisator von Studienreisen durch Israel/ Palästina und 2010 an Bord des Segelbootes „Irene“ mit sieben anderen jüdischen Teilnehmern der „European Jews for a Just Peace“ samt Hilfsgütern nach Gaza, das von zehn israelischen Kriegsschiffen abgefangen wurde.

Nach wie vor fordert Moskowitz die Wurzelbehandlung, nämlich die Rückgabe der annektierten Gebiete, eine sofortige Lösung des Flüchtlingsproblems, die gegenseitige Anerkennung Israels und der arabischen Staaten sowie das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung.

„Wie überwinden wir den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt?“ Diese Leitfrage wählte er wie das Wort der jüdischen Weisen zur Losung für sein Leben: „Ein Held, wer seinen Feind zum Freund macht.“

Beispielhaft für ihn ist Deutschland, das sich von einem tief eingprägten Vernichtungswahn unter den Nazis zu einer erfolgreichen Friedens- und Versöhnungspolitik entwickelte. Um so mehr dauert ihn die Schuld-Identität der Deutschen gegenüber den Juden, die dazu führe, dass die Regierenden und die meisten Deutschen sich verlegen und gelähmt einseitig in eine falsche, bedingungslose Solidarität mit Israels Politik begeben. Die israelische Politik sei seit der Staatsgründung von der Maßlosigkeit gefährlich kontaminiert, die Deutschland und Europa in zwei katastrophale Kriege verstrickt haben. Abgesehen von der kurzen Moshe Sharet – Regierung (1953-55) hätten alle Regierenden allem demokratischen Schein und allen Friedensbeteuerungen zum Trotz nur auf Krieg, Expansion und Vertreibung der palästinensischen Nachbarn gesetzt.

Deswegen hält er jährlich in Deutschland Vorträge, spielt auf seiner Mundharmonika und berührt zahllose Menschen, um sie aufzurütteln, dass sie ihre Verlegenheit ablegen, aus ihrer Israel-Verklärung erwachen und für das Recht der Palästinenser in seinem Land aktiv werden. Er ist seit 40 Jahren davon überzeugt, dass es nicht die USA sei, sondern Deutschland als wichtigste Säule der EU, das dazu imstande ist, den jüdisch-arabischen Winter zu einem wahrhaftigen Frühling aufzutauen.

Hanja Van Dyck

R.Moskovitz, *Der lange Weg zum Frieden. Episoden aus dem Leben eines Friedensabenteurers*, Berlin 2012, 7. Aufl., 396 S., 15 € (bestellen bei Janssen: Tel. 04923-200 /gesine-anna.janssen@t-online.de)

## Meldungen

### Soldaten gegen Schüler

Nach Ermittlungen des palästinensischen Bildungsministeriums wurden 2013 von israelischen Besatzungssoldaten 12.071 Schüler und Schülerinnen sowie 547 Lehrer und Lehrerinnen attackiert. Die einzelnen Maßnahmen reichten von Tötungen und Verletzungen über Festnahmen, Verhaftungen und Hausarrest bis hin zu Behinderungen an den Checkpoints und elektronischen Absperrungen. PA

### Teile und herrsche

Am 23. Februar verabschiedete die israelische Knesset mit großer Mehrheit ein Gesetz, das den christlichen Palästinensern eine eigene Vertretung in den Ausschüssen zur Arbeitsbeschaffung gibt. Sie wurden dabei als Nicht-Araber definiert. Bisher gab es eine gemeinsame palästinensische Vertretung. Bei Christen in Jerusalem wird dieses Gesetz als ein politisches Manöver angesehen, das Spaltpilze zwischen Christen und Muslimen säen solle. Sabeel

### Böse Fouls gegen Fußballer

Zwei Profi-Fußballer aus Abu Dis östlich von Jerusalem sind am 31. Januar 2014 von israelischen Grenzpolizisten schwer verletzt worden. Fußball werden sie nie wieder spielen können. Der 19-Jährige Jawhar Nasser und sein zwei Jahre jüngerer Mannschaftskollege Adam Abd al-Raouf Halabbiya waren nach dem Training in Al-Ram auf dem Heimweg, als die Grenzpolizisten sie am Checkpoint umzingelten. Die Soldaten prügeln sie und schossen auf die beiden Jungen – zehn Kugeln trafen Jawhars Füße, zwei Kugeln die von Adam. Nach Angaben der Grenzpolizei hatte diese die jungen Männer in Verdacht, eine Bombe zu zünden. Immer wieder kommt es zu Festnahmen von palästinensischen Fußballern. Mahmud parsak zum Beispiel, Mitglied der palästinensischen Nationalmannschaft, wurde 2009 an einem Checkpoint verhaftet und erst 2012 nach einem Hungerstreik wieder freigelassen. Deswegen fordern nun mehrere Solidaritätsgruppen in einer Petition von [www.change.org](http://www.change.org) die Aussetzung von Israels Mitgliedschaft in der FIFA. ck / Ha'aretz



Soldaten verhaften Schüler in As Sawiya am 3. März 2014

## PalästinaIsraelZeitung für Völkerrecht und Menschenrechte

### Palästina-Israel-Zeitung

Hiermit bestelle ich je ..... Exemplare der Palästina-Israel-Zeitung mit drei Ausgaben bis zum Herbst 2015. Wir bitten um eine Spende von mindestens 1 € je Exemplar zuzüglich Versandkosten.

### Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel e. V.

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft.

Ja  nein

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Wenn Sie Kontakt wünschen oder den Antrag auf Mitgliedschaft stellen, tragen Sie bitte Ihre Telefon- und E-Mail-Verbindung ein.

Email: .....

Telefon: .....

Datum/Unterschrift: .....

### Senden Sie diesen Abschnitt bitte an:

#### bei Zeitungsbestellung

Christian Kercher, Christstraße 42, 14059 Berlin  
E-Mail-Verbindung  
[kontakt@palaestina-israel-zeitung.de](mailto:kontakt@palaestina-israel-zeitung.de)

#### bei Antrag auf Mitgliedschaft

Peter Bingel, Am Ordensgut 2, 53639 Königswinter  
E-Mail-Verbindung  
[mercurialis@web.de](mailto:mercurialis@web.de)

Der Jahresbeitrag für die Arbeitsgemeinschaft beträgt für Gruppen 50 € und für Einzelne 30 €. Auf Wunsch senden wir die Satzung der AG zu (siehe auch Webseite).

**Konto: AG Völker- und Menschenrechte Pal./Isr. e. V.**  
**Nr. 705 800 014, BLZ 380 601 86 (Volksbank Bonn Rhein-Sieg)**  
**IBAN: DE45 3806 0186 0705 8000 14**  
**BIC: GANED3333**

Für eine steuerliche Zuwendungsbestätigung ist die Angabe der Postadresse erforderlich.

## Pressestimmen

### Unehrlich

Die Frankfurter Allgemeine kommentierte am 25. April die Gespräche zwischen Fatah und Hamas sowie die israelische Reaktion darauf: „Bevor sich Washington zurückzieht, wollen Fatah und Hamas ihre Schwäche abstreifen. ... Israel soll beruhigen, dass die Fatah, die das Existenzrecht Israels anerkennt, für Außenpolitik zuständig sein soll und die Hamas für Innenpolitik. Auf praktischer Ebene hat Israel auch wiederholt mit der Hamas verhandelt. Wenn Israels Ministerpräsident Netanjahu nun der Fatah vorwirft, den Frieden mit der Hamas einem mit Israel vorzuziehen, ist er nicht ehrlich. Mit weniger Siedlungen hätte er einen Frieden mit der Fatah haben können. Statt dessen erklärt er selbst das Ende der Verhandlungen.“

### Vorwärtsverteidigung

Süddeutsche Zeitung vom 14. Februar zur Knesset Rede von Martin Schulz: „Der Deutsche muß aber auch für ein Europäisches Parlament sprechen, in dem scharfe Kritik an Israel regelmäßig Mehrheiten findet. ... Bei Reizthemen wie dem Siedlungsbau oder der humanitären Lage in Gaza reagiert die Jerusalemer Führung zunehmend mit einer kompromisslosen Vorwärtsverteidigung. Unumstritten ist das freilich auch in Israel nicht, wo umsichtiger Stimmen vor einer wachsenden Isolierung des Landes warnen.“

### Kompromisslos

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte am 5. März die Bemühungen um einen Friedensprozeß in Nahost: „Premierminister Netanjahu sagt seit Jahren, Israel sei kompromissbereit, gibt aber etwa bei der Besiedlung des Westjordanlandes oder Ost-Jerusalems kein Jota nach. Außerdem beschwört er stets die iranische Nuklearrüstung als größte Bedrohung, um von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken. Denn die Koalition, die er führt, ist zu einem wirksamen Kompromiss gar nicht in der Lage – die Vertreter der Siedler würden die Regierung sofort platzen lassen.“

### Rolle des Opfers

Haaretz aus Tel Aviv kommentierte am 16. Februar unter anderem die BDS-Bewegung: „Menschenrechtsaktivisten, Führer der BDS-Bewegung, sogar die größten linksextremen Kolumnisten – keiner von ihnen strebt die Zerstörung Israels an. ... Nur wir Israelis halten an dem Konzept fest. Achtung, die Vernichtung steht bevor. Diese Beseitigung ist eine israelische Erfindung, die anscheinend Israels Interessen dient. Mit dieser Waffe können Israelis in die Rolle zurückkehren, wo es am bequemsten ist: in die Rolle des Opfers. Wenn die Welt uns zerstören will, dann haben wir immer Recht.“



Aufkleber gegen Spende zu bestellen bei Sabine Werner: frauenwege@outlook.de



Mauer am Bethlehem Checkpoint

## Leserbriefe

### Für bessere Information

Auf das Thema Nahost bin ich durch Veranstaltungen mit Reuven Moskovitz und Sumaya Farhat-Naser in der Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin gekommen. Dort lag auch die PIZ Nr. 3 aus. Mir wurde klar, dass ich hier in Deutschland völlig unzureichend und oft falsch informiert werde, was die Verhältnisse in Israel und Palästina betrifft. Dazu kommt, dass ich von Jugend an bezüglich Israel indoktriniert wurde, so dass ich eine völlig unkritische positive Haltung gegenüber der israelischen Politik eingenommen habe. Um dagegen zu wirken, möchte ich die PIZ lesen. Ich möchte auf dem Laufenden bleiben

und die Arbeit des Vereins „Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel“ unterstützen.

Thilo Busse, Berlin

### Wo ist Eure Neutralität?

Journalismus als Waffe gegen Ungerechtigkeit und Verbrechen untersteht wichtigen objektiven Regeln. Wer diese Regeln missachtet, bringt sich in die Gefahr eben diese Ungerechtigkeit zu fördern oder den Gerechten eine Stimme zu geben, die nicht gehört wird. Wo ist Eure Neutralität? Wo ist die israelische Perspektive und wo ist die kritische Recherche über eure Quellen?

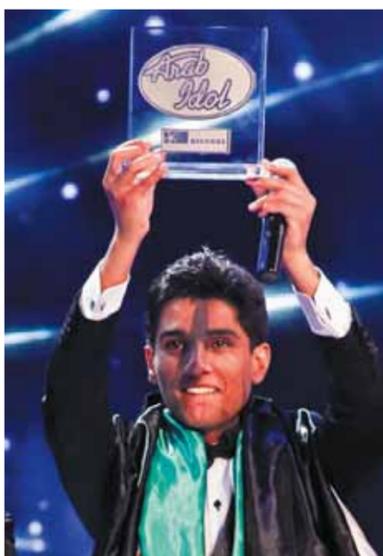
Nathan Gernhardt, Berlin

## Einseitig

„Dass mein Vortrag einseitig gewesen sei, ist richtig. Wir Deutsche sind zur Einseitigkeit für die Menschenrechte, für das Leben aller Völker nach dem von uns zu verantwortenden Holocaust mehr verpflichtet als jedes andere Volk der Erde. Ich freue mich über dieses Urteil, denn genau das wollte ich erreichen, dass alle aus dem Saal herauskommen und sagen: Endlich haben wir mal einen ganz einseitigen Appell zugunsten der Menschenrechte gehört, zugunsten der Rechte der Juden in Israel, zugunsten der Rechte der Palästinenser in Israel, zugunsten der Rechte der Palästinenser in der Westbank, zugunsten der Rechte der Palästinenser im völlig überbevölkerten Gazastreifen, zugunsten der Rechte der Palästinenser in Israels Administrativhaft, zugunsten der Palästinenser, die von Siedlern drangsaliert werden, zugunsten der Palästinenser, die weiter in einem besetzten Land leben müssen. Der Eindruck, dass ich in meinem Vortrag EINSEITIG war, ist goldrichtig. Einseitig wie die „Rabbis for Peace“, einseitig wie die „Physicians for Human Rights“, einseitig wie die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem, einseitig wie die Machsom Watch Frauen, einseitig wie Uri Avnery, einseitig wie Amira Hass, einseitig wie Martin Buber, der uns immer gelehrt hat: Nie die Rechte der jeweils anderen, nie die Rechte der eigenen Nachbarn vergessen.“

Rupert Neudeck

zu dem Vorwurf, er sei in seinem Vortrag in Bad Honnef am 22. Februar 2013 einseitig gewesen.



### Arab Idol Gewinner Mohammed Assaf aus Gaza

(arabische Version vom Eurovision Song Contest)

„Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der aktuelle Nationalheld der Palästinenser Mohammed Assaf ist, ein junger Sänger aus Gaza, der die palästinensischen Massen durch ihr Verlangen nach Kunst begeistert hat und nicht durch ihr Verlangen nach Gewalt.“

Ala Alhourani, palästinensischer Ethnologe

## Termine

### 27. Mai

in Wiesloch, „Lyrik & Prosa aus Palästina“ mit musikalischer Begleitung durch das Cello-Duo der Musikschule Wiesloch, 20 Uhr im Café Kanapee, Hesselgasse 26

### 27. Mai

in Freiburg/Breisgau, Vortrag von Professor Marc Ellis „Jenseits von Unschuld und Wiedergeburt – Eine Auseinandersetzung mit Holocaust und israelischer Machtpolitik“, Café Palestine Freiburg, 19:30 Uhr, in der Universität Freiburg, KG II, Hörsaal 21

### 27. Mai

in Berlin, Amnesty International Gruppe 1180: „Palästinensische Minderjährige in israelischen Gefängnissen“. Vortrag von Ulrike Vestring, 19:30 Uhr Ökumenisches Zentrum, Wilmersdorfer Str. 163

### 5. Juni

in Wiesloch, öffentliche Mitgliederversammlung des Vereins „Bildung und Begegnung Palästina Wiesloch e.V.“ mit Bericht über die aktuelle Situation in Palästina und Literaturlesung, 19.30 Uhr im Alten Rathaus

### 23. Juni

Fernsehtipp: „5 Kaputte Kameras“. Oscarnominierter Dokumentarfilm über den gewaltlosen Protest des Dorfes Bil'in bei Ramallah gegen Mauer- und Siedlungsbau, 22 Uhr im WDR

### 7. Juli

in Berlin, internationale Tagung der Gemeinsamen Initiative Humanitäres Völkerrecht Nahost von MISEREOR und Brot für die Welt mit dem Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam 10 Jahre nach dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs „Rechtsfolgen des Baus einer Mauer auf besetztem palästinensischen Gebiet“, Brot für die Welt: Caroline-Michaelis-Str. 1

### 19. Juli

in Freiburg, Sommerfest des Café Palestine Freiburg – Basar, Musik, Arabische Köstlichkeiten, 14 bis 17 Uhr im Café Jos. Fritz, Wilhelmstraße

### 18. August

in Münster, Vortrag von Ekkehart Drost „Palästinensisches Leben unter israelischer Besatzung“, 20 Uhr im Gemeindehaus

### 23. September

in Berlin, Tagung zu Gaza, Heinrich-Böll-Stiftung

### 23. September

in Hannover, Eröffnung der 6. FILISTINA mit Botschafterin Palästinas Frau Dr. Khoulood Daibes und Vortrag von Rupert Neudeck, 18 Uhr, Universität, Leibniz Haus

### 25. September

in Hannover, Tagung „Lebenswirklichkeit palästinensischer Kinder und Jugendlicher unter Besatzung“ u.a. mit Traumapsychologin Lutz-Ulrich Besser, Vorstellung von Theaterprojekten, 15 bis 22 Uhr, Pavillon am Hbf

### 29. September

in Hannover, Lesung des Übersetzers aus dem Buch des Menschenrechtsanwalts Raja Shehadeh, Wanderungen in Palästina. Notizen zu einer verschwindenden Landschaft, 19:30 Uhr, Stadtbücherei

### Oktober:

Zur Olivenernte im Westjordanland organisiert der International Women's Peace Service (IWPS) mit dem österreichischen Versöhnungsbund eine zweiwöchige Solidaritätsreise für Frauen und Männer. Ansonsten werden Frauen gesucht, die für mindestens 4 Wochen Teil des Teams vor Ort sein wollen. Kontakt: iwpsueurope@gmx.net

### Aktuelle Termine unter:

www.palastina-heute.de/veranstaltungen/veranstaltungen.html und www.friedenskooperative.de/nahost.html



Geschmiedete Skulptur in Nablus

## Zitiert

„Werdet laut: Befreit Gaza, befreit Palästina! Wir dürfen nicht schweigen. Besatzung und Belagerung sind ein Verbrechen. Die Palästinenser zahlen für das, was den Juden durch Deutschland angetan wurde. Und wenn jetzt die Menschen in Deutschland dazu schweigen, dann tragen sie zum Verbrechen bei.“  
Reuven Moskovitz, israelischer Autor und Friedensaktivist (siehe S. 7)